Berlin entwickeln. Wie werden Bezirke zum Schrittmacher für globale Nachhaltigkeit?

Tagung am 16. Juni 2015 im Rathaus Treptow

Dokumentation

Inhalt

Einführung und Begrüßung 4

Nachhaltige Entwicklung –
Eckpunkte der deutschen Position zur Post-2015-Agenda 7

Talkrunde:
Flucht, Inklusion, Bildung für alle, Faire Beschaffung –
Gründe, warum Bezirke frühzeitig die globale Nachhaltigkeitsdebatte mitgestalten sollten. 8

Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf Kommunen 11

Forum 1:
Von fairer Beschaffung zu nachhaltiger Organisation des Verwaltungsalltags – wie einfach geht's? 13

Forum 2:
Nachhaltigkeit durch Beteiligung – Ansätze aus Ruanda 16

Forum 3:
Bildung für nachhaltige Entwicklung in
kommunalen Strukturen 18

Forum 4:
Bezirkspartnerschaften – Agenten für den Wandel? 21

Forum 5:
TTIP vor Ort – Auswirkungen der transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen auf Bezirke 23

Forum 6:
Sozial nachhaltiges Zusammenleben – MigrantInnen und Flüchtlinge in Berliner Bezirken 24

Impressum 26

Einführung und Begrüßung

Die zentrale Frage der Konferenz im Rathaus Trepkow war: Wie können die Berliner Bezirke zur nachhaltigen Entwicklung in der Zeit nach 2015 beitragen und damit ihrer weltweiten Verantwortung gerecht werden? Das Ziel bestand darin, die Handlungsfelder der globalen Agenda auf lokaler Ebene konkret zu besetzen. Dazu sollten konkrete Strategien und Aktionen zur Umsetzung in den Berliner Bezirken diskutiert werden. Initiiert wurde diese Kooperationsveranstaltung durch die Fachpromotorin für Kommunale Entwicklungspolitik beim Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Kreuzberg – San Rafael del Sur e.V. und der Engagement Global gGmbH/ Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in Zusammenarbeit mit der Engagement Global gGmbH Außenstelle in Berlin, den Kommunalpolitischen Bildungswerken, dem Bezirksamt Treptow-Köpenick, der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit und dem Runden Tisch für Jugend, Soziales und Kultur Treptow-Köpenick.

Die Tagung wurde eröffnet durch Peter Groos, Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick, Annette Turmann von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) sowie Helena Jansen, Fachpromotorin für Kommunale Entwicklungspolitik Berlin.

Peter Groos wies darauf hin, dass die Diskussion über globale Entwicklung und Nachhaltigkeit in Treptow-Köpenick eine bemerkenswert lange Tradition habe. Im Alt-Bezirk Köpenick fassten Bezirksverordnetenversammlung und Bezirksamt in den Jahren 1994 bzw. 1995 erste Beschlüsse für einen eigenen Beitrag zur Lokalen Agenda 21. Bei ausnehmend großer Beteiligung wurden im Rahmen der Diskussionsveranstaltungen Dokumente zur Weiterentwicklung des Agenda-Prozesses diskutiert und verbindlich beschlossen. Zuletzt fand solch ein Austausch nach der Bezirksfusion im Jahr 2004 statt.

Dieser Konsens über die notwendige Umsetzung des globalen Handlungsrahmens auf der lokalen Handlungsebene war in den letzten Jahren jedoch keine Selbstverständlichkeit mehr. Dies steht in engem Zusammenhang mit der anhaltend schwierigen Lage der Berliner Bezirke, insbesondere aufgrund ihrer knappen finanziellen und personellen Ressourcen. Es bedarf neuer Anstrengungen, neuer Dialoge sowie auch neuer Zielsetzungen, um den „lokalen Motor" für globale Veränderung wieder in die Gänge zu bringen. Es braucht daher Impulse, wie die heutige Veranstaltung, die Menschen Mut machen kann, sich von neuem oder erstmals im Bezirk für globale Entwicklung und Gerechtigkeit zu engagieren.

Annette Turmann betonte die unverzichtbare Rolle der Kommunen für eine global nachhaltige Entwicklung. Notwendig dafür ist ein gesundes Fundament der selbstverwalteten bürgernahen, leistungsfähigen kommunalen Einheiten. Denn es ist das ureigene Interesse und auch die Verantwortung der Kommunen, in ihre eigene Zukunft zu investieren. Aus diesem Grund ist eine nachhaltige Entwicklung in

vielen deutschen Städten und Gemeinden bereits gelebte Praxis.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) unterstützt Kommunen dabei mit einer Vielzahl von Angeboten. Sie berät sie in Bereichen wie kommunale Partnerschaften, Migration und Entwicklung, Faires Beschaffungswesen/Fairer Handel sowie beim kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement. Konkret entwickelt die SKEW im Rahmen der Post-2015-Agenda lokale Nachhaltigkeitsstrategien. Dies erfolgt stets gemeinsam mit der kommunalen Verwaltung und Politik sowie weiteren relevanten Stakeholdern vor Ort. Die Servicestelle leistet auch beratende und finanzielle Unterstützung für Kommunen, wenn sie eigene Veranstaltungen vor Ort zur Post-2015-Agenda durchführen möchten. Dabei wird mit allen Akteuren diskutiert, wie der gemeinsame Beitrag für nachhaltige Entwicklung aussehen könnte.

Denn die Post-2015-Agenda muss bekannter werden, mehr politische Aufmerksamkeit bekommen sowie in das Zentrum unserer gesellschaftlichen Auseinandersetzung rücken. Aus diesem Grund ist die heutige Veranstaltung etwas Besonderes. Sie steht für den intensiven Austausch von Expertinnen und Experten für nachhaltige Entwicklung untereinander und für den Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung und der Zivilgesellschaft.

Helena Jansen führte in die zentralen Begrifflichkeiten der Veranstaltung ein: Was sind die Millenium Development Goals (MDGs), die Sustainable Development Goals (SDGs), und die Post-2015-Agenda?

Die acht Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) der Vereinten Nationen sind bislang der globale Rahmen entwicklungspolitischen Engagements. In ihnen waren die drängendsten Aufgaben zur Überwindung der Armut formuliert, die bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollten. Da wir die Zielmarke nun bereits erreicht haben, wird derzeit Bilanz gezogen und über eine sogenannte Post-2015-Agenda verhandelt. Diese soll ab 2016 die MDGs ablösen. Hierfür liegt ein Vorschlag mit insgesamt 17 ausformulierten Zielen vor: die Sustainable Development Goals (SDGs).

Diese und weitere Empfehlungen wurden von Ban Ki-moon zu einem Vorschlag zusammengeführt. Er soll während der einjährigen Sitzungsperiode der Generalversammlung der Vereinten Nationen

(September 2014 bis September 2015) als Grundlage für die Verhandlungen zur „Post-2015 UN Development Agenda“ dienen. Diese stellt eine neue universelle Agenda für nachhaltige Entwicklung dar. Dabei werden sowohl die internationale, die nationale als auch die lokale Ebene in die Verantwortung genommen. Besonders zu betonen ist, dass die „Post-2015 UN Development Agenda“ alle Länder dazu verpflichtet, für das nationale und das globale Gemeinwohl heutiger und zukünftiger Generationen zusammenzuarbeiten. Das klassische Bild der Entwicklungshilfe wird also aufgelöst und macht einem modernen Verständnis globaler Zusammenarbeit Platz.

Mit der heutigen Veranstaltung und der vorliegenden Dokumentation soll über die neuen Nachhaltigkeitsziele und deren Hintergründe informiert werden. Zudem soll diskutiert werden, welche Möglichkeiten es für die Berliner Bezirke gibt, im Rahmen der aktuell laufenden Debatte um die SDGs aktiv zu werden. Denn die SDGs bieten Bezirken eine ganze Reihe von Anknüpfungsmöglichkeiten: beispielsweise in den Bereichen Nachhaltige Stadtentwicklung, Sozial- und Bildungspolitik, Ökonomische und Ökologische Nachhaltigkeit oder im Bereich Globale Partnerschaften.

Nachhaltige Entwicklung – Eckpunkte der deutschen Position zur Post-2015-Agenda

Gespräch mit Niels Breyer, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Sondereinheit „Nachhaltige Entwicklungsziele", Referatsleiter.

Niels Breyer ging in einem einleitenden Gespräch mit Patrick Leusch auf die Position der deutschen Bundesregierung zur Post-2015-Agenda ein.

Die große Neuerung gegenüber den MDGs liegt in der Universalität der Ziele. Das bedeutet, dass sie für alle gelten und folglich als fester Bestandteil deutscher Politik übernommen werden müssen. Die besondere Herausforderung besteht nun darin, die 17 Ziele als Gesamtheit zu betrachten, alle drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung (ökonomisch, ökologisch, sozial) sowie die zwischen ihnen bestehenden Verknüpfungen zu berücksichtigen. Folglich muss die Post-2015-Agenda auf folgende Entwicklungen ausgerichtet sein:

1. Beendigung von Armut und Hunger
2. Schutz natürlicher Ressourcen
3. Nachhaltiges Wachstum
4. Menschenrechte, gute Regierungsführung, gesellschaftliche Teilhabe, Gerechtigkeit und Frieden

Der aktuelle Vorschlag betont aus Sicht der Bundesregierung die Umweltkomponente unzureichend. Zudem wird debattiert, wie die Finanzierung der Post-2015-Agenda zwischen den etablierten Geber-Nationen, aufstrebenden Ökonomien und sogenannten Entwicklungsländern aufgeteilt wird. Die Bundesregierung spricht sich dafür aus, dass sowohl die Länder des globalen Nordens als auch des globalen Südens ihren jeweiligen Ressourcen entsprechend Verantwortung übernehmen.

Vom Publikum wünschte sich Herr Breyer in erster Linie, die Post-2015-Agenda einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. So soll ein ganzheitlicher Sensibilisierungsprozess angestoßen werden. Denn die Umsetzung kann nur gelingen, wenn Akteure verschiedener Ebenen zusammenarbeiten und Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und staatliche Akteure in einen kontinuierlichen Dialog treten. Zudem wies er auf die Wichtigkeit hin, sich vor Ort in den Berliner Bezirken Gedanken darüber zu machen, welche globalen Auswirkungen unser eigenes Verhalten hat. Gegebenenfalls sollten Handlungsalternativen gesucht werden. Eine Möglichkeit: Kommunen können internationale Kooperationen eingehen und zusammen mit den Partnern an der Lösung globaler Herausforderungen arbeiten.

Talkrunde:
Flucht, Inklusion, Bildung für alle, Faire Beschaffung – Gründe, warum Bezirke frühzeitig die globale Nachhaltigkeitsdebatte mitgestalten sollten.

In der anschließenden Gesprächsrunde diskutierten Johannes Krassnitzer von der UNDP ART Initiative, Christiane Overmans, Bonner Stadtverordnete und Vizepräsidentin des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), sowie Rahime Diallo, Promotor für Migration und Entwicklung des Landes Brandenburg, die konkrete Umsetzung der neuen Agenda auf lokaler Ebene.

Rahime Diallo ging in seinem Eingangsstatement darauf ein, dass es für eine erfolgreiche Umsetzung der Post-2015-Agenda eines intensiven Austauschs mit Migrantinnen und Migranten vor Ort bedarf. Ebenfalls erforderlich ist dieser Dialog mit Zivilgesellschaft, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Unternehmen in den südlichen Ländern. Entwicklungspolitische Programme sollten im Dialog entwickelt werden, um bedarfsorientierte und erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Zudem besteht noch ein großes Defizit im Wissenstransfer, insbesondere vom Globalen Süden in den Norden. Gerade zu Themen wie nachhaltigem und wirtschaftlichem Müllmanagement, Altersvorsorge, Korruptionsverhinderung oder gelebter Demokratie gibt es in Ländern des Globalen Südens Know-How, von dem auch die Industrieländer profitieren könnten. Wir benötigen daher mehr Austausch auf kommunaler Ebene, der in in beide Richtungen stattfindet. Denn derartige Themen bieten großes Potential für die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele.

Frau Overmans ergänzte, dass globale Themen nicht immer nur aus deutschem Blickwinkel diskutiert werden sollten. Die Universalität der Agenda bietet großes Potenzial, sich verschiedener Denkansätze bewusst zu werden und einen Perspektivwechsel vorzunehmen.

Konsens bestand darüber, dass der Bereich Bildung einen besonders wichtigen Ansatz zur Verknüpfung kommunaler Aufgaben mit den globalen Nachhaltigkeitszielen darstellt. So sollte Globales Lernen fester Bestandteil der schulischen Lehrpläne sein, um bereits so früh wie möglich globales Denken und Handeln zu fördern. Denn für die erfolgreiche Umsetzung der Agenda braucht es eine Gesellschaft, die sich nicht nur an den eigenen Bedürfnissen orientiert. So wurde in Bonn beispielsweise mit dem Klimaführerschein ein bundesweit einzigartiges Umwelterziehungsprojekt initiiert. Es wurde mit Grundschülerinnen und Grundschülern der zweiten bis vierten Klassen durchgeführt. Mit dieser Aktion werden die Kinder aktiv und nachhaltig in den Klimaschutz eingebunden.

Der Aspekt der Bildung muss auch in anderen Maßnahmen berücksichtigt werden. So ist beispielsweise die Einführung von lokal emissionsfreien Elektrobussen in Bonn insbesondere deswegen ein Beitrag zur Nachhaltigkeit, da sie kontroverse Diskussionen anstößt und damit einen Sensibilisierungsprozess anregt. Ebenso ist eine Lösung der Flüchtlingsfrage nur dann möglich, wenn wir Fluchtursachen im Auge behalten und diese zu bekämpfen suchen. Nur so können Leitbilder verändert werden und ein Wertewandel stattfinden. Dieser Wertewandel ist auch für die Finanzierungsfrage relevant.

So stimmten die Podiumsgäste darüber überein, dass der Staat nicht allein betriebswirtschaftlich rechnen, sondern politisch überlegen müsse, wo die Gesellschaft in 50 Jahren stehen solle. Entwicklung und Nachhaltigkeit müssten langfristig betrachtet werden, nicht der kurzfristige Nutzen für die eigene Wirtschaft sollte im Vordergrund stehen. Ein Beispiel hierfür bietet die Solarenergiebranche: Strom kann über den Einsatz von Solarpanels langfristig deutlich günstiger bezogen werden und gleicht somit große Startinvestitionen aus.

Dennoch, so Frau Overmans, sei eine adäquate Umsetzung der Ziele durch Kommunen bei der aktuell schwierigen Ressourcenlage - etwa aufgrund von Personalmangel und geringen Finanzmitteln – nicht möglich. Daher sei eine angemessene Gegenfinanzierung unbedingt notwendig.

Aus der Diskussion mit dem Publikum gingen folgende Schlussfolgerungen und Anregungen hervor:

- Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, vorhandene Finanzmittel nachhaltig einzusetzen
- Kommunen benötigen ein systematisches Nachhaltigkeitsmanagement, um unkoordinierte Einzelmaßnahmen zu vermeiden
- Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft müssen auf lokaler Ebene fach- und institutionsübergreifend zusammenarbeiten
- Entwicklungspolitik sollte integraler Bestandteil der täglichen Verwaltungsarbeit sein und keinen Projektcharakter haben
- Die Nähe zwischen Politik sowie Bürgerinnen und Bürgern auf kommunaler Ebene bietet Potenzial für die Initiierung eines Bewusstseinswandels

- Schaffung von Anreizsystemen für Unternehmen, um nachhaltiges Handeln zu fördern
- Strukturelle Einbindung von Unternehmen in Entwicklungskooperationen auf lokaler Ebene
- Die Debatte um die Post-2015-Agenda sollte genutzt werden, um auf lokaler Ebene nun mehr Initiativen umzusetzen als in den vergangenen 50 Jahren

Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf Kommunen

Input von Detlef Raphael, Beigeordneter für Umwelt und Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz des Deutschen Städtetages

Die drei kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hatten im Oktober 2014 ein gemeinsames Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen vorgelegt. Dieses Dokument beschreibt alle drei Handelsabkommen, die derzeit verhandelt werden: TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) und TiSA (Trade in Services Agreement). (http://www.staedtetag.de/fachinformationen/wirtschaft/071026/index.html)

Auf Grundlage dieses Positionspapiers und des gemeinsamen Positionspapiers des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAG FW) wurden im April und Mai 2015 intensive Gespräche über ein gemeinsames Positionspapier mit dem BMWi geführt. Nach der Zustimmung aller vier Verbände wurde am 12. Juni 2015 ein gemeinsames Positionspapier mit dem BMWi zu TTIP veröffentlicht. (http://www.staedtetag.de/fachinformationen/wirtschaft/073910/index.html)

Dieses greift alle Forderungen der kommunalen Spitzenverbände und des VKU auf. Die Beteiligten sprechen sich dafür aus, dass die öffentliche Daseinsvorsorge und die Organisationsfreiheit der Kommunen nicht von Freihandelsabkommen berührt werden dürfen. Die öffentlichen Dienstleistungen sollen voll umfänglich von Marktzugangsverpflichtungen in Freihandelsabkommen ausgenommen werden. Daher wird der sogenannte „Positivlistenansatz“ gefordert. Dieser vollumfängliche Schutz der Daseinsvorsorge soll auch beim sogenannten „Negativlistenansatz“ gewährleistet werden, wenn dieser bei den TTIP-Verhandlungen verfolgt werden sollte.

Übereinstimmung besteht zudem darin, dass Regelungen zum öffentlichen Beschaffungswesen und Wettbewerbsrecht in Handelsabkommen mit Auswirkungen auf die kommunale Organisationsfreiheit nicht hinter dem reformierten europäischen Vergaberecht zurückbleiben dürfen. Dies gilt insbesondere bei Erleichterungen für Inhouse-Vergaben und die interkommunale Zusammenarbeit. Auch die Bereichsausnahmen für Rettungsdienste dürfen nicht infrage gestellt werden.

BMWi, kommunale Spitzenverbände und VKU fordern übereinstimmend, dass bei unterschiedlichen Schutzniveaus die in der EU einheitlich oder national geltenden Standards auf keinen Fall mit einem vorrangigen Ziel des Abbaus von Handelshemmnissen reduziert werden dürfen. Dies gilt insbesondere für den Umwelt- und Verbraucherschutz.

Eine weitere wichtige gemeinsame Position in TTIP ist es, auf spezielle Investitionsschutzregelungen zu verzichten. Derzeit gibt es innerhalb der

EU-Mitgliedsstaaten eine intensive Debatte, den Investorenschutz künftig anders zu gestalten. Insbesondere gibt es Überlegungen für ein öffentlich-rechtliches Handels- und Schiedsgerichtsverfahren, wozu seitens des Bundeswirtschaftsministeriums Anfang Mai 2015 ein Vorschlag unterbreitet wurde.

Einigkeit besteht auch darin, die Transparenz der Verhandlungen zu Freihandelsabkommen deutlich zu verbessern. Dies soll national zum einen durch den TTIP-Beirat, in dem der Städtetag mitwirkt, als auch durch regelmäßige Informationsgespräche erfolgen. Solche Gespräche haben bereits in den letzten Monaten zwischen BMWi und kommunalen Spitzenverbänden sowie VKU stattgefunden.

Sehr erfreulich aus kommunaler Sicht ist auch die Entschließung des Europäischen Parlaments (EP) vom 8. Juli 2015 mit Empfehlungen an die EU-Kommission zu den Verhandlungen zu TTIP. Auch wenn diese Entschließung nur empfehlenden Charakter hat, ist sie doch ein entscheidender Fingerzeig an die EU-Kommission sowohl zu TTIP als auch zu CETA und TiSA. Denn das EU-Parlament muss dem jeweiligen Verhandlungsergebnis der EU-Kommission zu diesen Handelsabkommen zustimmen.

In der Entschließung des EU-Parlaments werden viele kommunale Forderungen sowie die gesellschaftspolitische Debatte in Deutschland und der EU aufgegriffen. Es gibt ein eindeutiges Bekenntnis zum Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge. Diese umfasst derzeitige und künftige Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sowie Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Außerdem bekennt sich das EU-Parlament zum Schutz der Organisationsfreiheit der Kommunen zur Wahrnehmung dieser Dienstleistungen – insbesondere in den Bereichen Kultur und Bildung.

Auch wird die erforderliche Einhaltung von europäischen Verbraucherschutz-, Umwelt- und Sozialstandards betont. Ausdrücklich wird in der EP-Entschließung dafür plädiert, dass Schiedsgerichtsverfahren „transparent von öffentlich bestellten, unabhängigen Berufsrichtern verhandelt werden, eine Berufungsinstanz vorgesehen ist, die Kohärenz richterlicher Urteile sichergestellt wird, die Rechtsprechung der Gerichte der EU und der Mitgliedsstaaten geachtet wird und die Ziele des Gemeinwohls nicht durch private Interessen untergraben werden können“. (http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150702IPR73645/html/TTIP-Besserer-Zugang-zu-US-Markt-Schutz-von-EU-Standards-neue-Streitbeilegung)

Insoweit ist festzustellen, dass es seitens der Politik auf EU-Ebene und des Bundes sowie auch aus dem Bundestag, den Landesregierungen und -parlamenten vielfach und zunehmend Unterstützung für die kommunalen Forderungen gibt. Der Deutsche Städtetag wird sich weiterhin gemeinsam mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden und dem Verband kommunaler Unternehmen für Freihandelsabkommen einsetzen, die die in den Positionspapieren benannten Eckpunkte einhalten.

Forum 1:
Von fairer Beschaffung zu nachhaltiger Organisation des Verwaltungsalltags – wie einfach geht's?

Moderation: Dr. Andreas Prüfer (Die Linke), Bezirksstadtrat und Leiter der Abteilung Bürgerdienste, Ordnungsangelegenheiten und Immobilien, Stellvertretender Bezirksbürgermeister Lichtenberg

Die Notwendigkeit zukunftsorientierten Verhaltens ist fast jedem bewusst. Dennoch tun die Wenigsten von uns etwas dafür. Warum?

Menschliches Verhalten und die Entscheidung zwischen Handlungsalternativen werden stark durch die jeweilige Situation beeinflusst. So sind beispielsweise über 90 % der Bevölkerung Österreichs Organspender, in Deutschland dagegen knapp 10 %. Dieser Unterschied ist u.a. darin zu begründen, dass in Österreich automatisch jede Person Organspender ist und sich entsprechend aktiv dagegen entscheiden muss. In Deutschland ist dagegen eine aktive Entscheidung für den Organspenderausweis nötig, um Organspender zu werden.

Der Umgang in Entscheidungssituationen ist auch beim Themenkomplex Nachhaltigkeit relevant. So kann beispielsweise der Konsum von Obst durch eine ansprechende Platzierung in der Kantine um das Doppelte gesteigert werden. Allerdings führt auch schlechtes Produktdesign zu erhöhtem Ressourcenverbrauch – etwa durch Stand-by-Funktionen elektrischer Geräte oder schlecht sichtbare Möglichkeiten der Mülltrennung.

Effektive Anregungen zu nachhaltigerem Handeln sollten folgende Aspekte berücksichtigen: Wie verhalten sich Menschen in einer bestimmten Situation und warum? Welches Verhalten ist gewünscht? Welche Kontextveränderungen können zum gewünschten Verhalten führen? Wie sollte dieses Verhalten an die konkrete Situation angepasst werden? Wie kann der Erfolg der Maßnahme messbar gemacht werden?

Vor diesem Hintergrund stellte Georg Liebig vom Nachhaltigkeitsbüro der HU Berlin verschiedene Möglichkeiten vor, wie durch Design nachhaltiges Verhalten so einfach wie möglich gemacht werden kann:

- **Voreinstellungen:** Durch die Änderung der Einstellungen von Druckern und PCs auf doppelseitiges Drucken konnten an der Rutgers University in New Jersey über 40 % Papier gespart werden.
- **Präsentation und Organisation von Informationen:** Sticker mit Hinweis zum Ausschalten des Lichts direkt neben dem Lichtschalter führten an der Roskilde University in Dänemark zu 26 % weniger Stromverbrauch .
- **Darstellung von Handlungsoptionen:** Fußabdrücke auf den Gehwegen in Kopenhagen weisen den Weg zum nächsten Papierkorb, wodurch 46 % weniger Müll auf die Straßen geworfen wird.
- **Nutzung sozialer Normen:** In Hotelzimmern in Arizona, USA, wurden Hinweisschilder aufgestellt mit der Information: „75 % der Gäste in diesem Zimmer nutzen ihr Handtuch mehrere Tage". Das Ergebnis: 33 % der Gäste nutzten die Handtücher im Hotelzimmer tatsächlich mehrere Tage, bevor sie sie erneuern ließen.

Im zweiten Teil des Workshops ging Tina Gäbler von der NGO Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED e.V.) einen Schritt weiter und stellte konkrete

Ansatzpunkte für Faire Beschaffung in Kommunalverwaltungen vor. Sie machte jedoch zunächst auf die prekären Bedingungen in vielen Produktionsländern aufmerksam. In Deutschland werden knapp 1 Million Tonnen Natursteine pro Jahr verarbeitet. Rund 80 % der Natursteine kommen aus Indien und China. Die günstigen Steine werden dort unter anderem von Kindern abgebaut, Überstunden sind an der Tagesordnung und die Arbeiterinnen und Arbeiter können von dem geringen Lohn kaum überleben.[1]

Das Volumen der öffentlichen Beschaffung in Deutschland liegt bei etwa 360 Milliarden Euro/Jahr. Dies entspricht etwa 17 % des BIP. In Berlin sind es rund 5 Milliarden Euro/Jahr. Die öffentliche Hand hat also eine enorme Marktmacht und kann mit einem verantwortungsvollen Einkauf die Nachfrage nach ökologisch und fair gehandelten Produkten erhöhen.[2]

Laut Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz sollen ökologische und soziale Kriterien in der Beschaffung ab einem Auftragswert von 10.000 Euro und für bestimmte Produktgruppen berücksichtigt werden. Nachhaltige Beschaffung ist also nicht nur ein Thema für besonders engagierte Berliner Bezirke, sondern geht alle an. Für Beschafferinnen und Beschaffer besteht die Herausforderung, den verantwortungsvollen Einkauf unter Berücksichtigung knapper Ressourcen durchzuführen und ihre Vorgesetzten von den langfristigen Vorteilen zu überzeugen. Im Workshop wurden folgende Handlungsoptionen diskutiert:

- **Forderung nach Siegeln:** Vergabestellen können Labels als Nachweise für die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien fordern. Einen Überblick hierzu bietet die Website www.kompass-nachhaltigkeit.de. Des Weiteren sind Multi-Stakeholder-Initiativen (MSI) wie Electronics Watch[3] ein guter Ansatzpunkt, um sich gemeinsam mit anderen Beschaffungsstellen und NGOs für einen Wandel in den Produktionsländern einzusetzen.
- **Unternehmensdialog:** Die Beschaffungsstelle kann die Bieter vorzeitig darüber informieren, dass bei der nächsten Ausschreibung Nachhaltigkeitskriterien gefordert werden. Auf diese Weise bleibt den Bietern ausreichend Zeit, sich darauf vorzubereiten.
- **Qualifizierte Bietererklärung:** Die Stadt Bremen arbeitet seit mehreren Jahren mit abgestuften Bietererklärungen, um die Einhaltung von ILO-Kernarbeitsnormen zu überprüfen. Der Bieter wird zunächst nach einem konkreten Nachweis (unabhängiges Label, Mitgliedschaft in einer MSI) gefragt. Er hat jedoch die Möglichkeit, alternativ einen gleichwertigen Nachweis zu erbringen. Nur wenn beides nicht möglich ist, kann er eine Eigenerklärung abgeben. Darin versichert der Bieter, dass die ILO-Kernarbeitsnormen bei der Herstellung der Ware eingehalten werden. Außerdem verpflichtet er sich, Informationen über die Gewinnung der Rohstoffe, die Herstellung der Ware sowie über die dabei beteiligten Unternehmen auf Verlangen vorlegen zu können. Er versichert zusätzlich, dass er sich selbst regelmäßig über die Arbeitsbedingungen informiert.[4]

Aus der Diskussion ging hervor, dass sich in der Praxis Vergabestellen zu oft mit einfachen Eigenerklärungen der Bieter zufrieden geben. Die hier gewählten Formulierungen in Bezug auf Umwelt-,

1 terre des hommes (2014): Konsum ohne Kinderarbeit. Tipps für einen fairen Einkauf, Osnabrück.
2 McKinsey & Company, Hg. (2008): Potenziale der öffentlichen Beschaffung für ökologische Industriepolitik und Klimaschutz.
3 von WEED mitgegründete MIS zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Herstellung von IKT-Produkten: www.electronics-watch.org
4 Mehr Informationen finden Sie hier: www.weed-online.org/show/6035852.html

Arbeits- und Sozialstandards sind oft vage und deren Einhaltung wird nur selten geprüft. Es sind jedoch klare verbindliche Vorgaben notwendig, um die verantwortungsvolle Vergabe sowie nachhaltiges Verhalten in einer Bezirksverwaltung voranzubringen. Zudem bedarf es der entsprechenden Infrastruktur wie ausreichende Personal- und Zeitressourcen, Bündelung der Beschaffung, Ausbau von Datenbanken, Servicestellen und Schulungsangeboten sowie des kontinuierlichen Dialogs zwischen Unternehmen, NGOs und Beschaffungsstellen.

Forum 2:
Nachhaltigkeit durch Beteiligung – Ansätze aus Ruanda

Moderation: Melanie Hernandez Sanchez, Impuls - Agentur für angewandte Utopien

Zum Einstieg in die Thematik „Nachhaltigkeit durch Beteiligung" hielt die Politologin Elisabeth Kaneza einen Impulsvortrag über Beteiligungsansätze in Ruanda. Das Land ist nach wie vor geprägt vom Völkermord an den Tutsi im Jahr 1994: Neben einer Million Toten und drei Millionen Flüchtlingen blieb ein zerstörtes soziales Gefüge und Staatssystem. Dennoch blüht bis heute die Kultur der Bürgerbeteiligung, was auf ein traditionell starkes soziales Geflecht zurückzuführen ist.

Elisabeth Kaneza stellte einige Beispiele sogenannter Homegrown Solutions („eigener Lösungsansätze") für lokale Herausforderungen vor. So finden beispielsweise im Rahmen des „Umuganda" monatlich landesweit gemeinnützige Aktionen in Städten und Kommunen statt. Diese werden zuvor in regionalen Treffen von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren gemeinsam vorbereitet. Grundlage sind Vorschläge aus der Bevölkerung. Nach jedem „Umuganda" findet ein Bürgerdialog statt. Ein weiteres Beispiel bildet das „Ibtorero & Ingando", bei dem junge Tutsi und Hutu in Sommercamps einen kulturellen Austausch erfahren. Dort arbeiten sie zusammen an Themen der nachhaltigen Entwicklung ihrer Dörfer. Die landesweite Abschaffung von Plastiktüten hat ihre Wurzeln in einem dieser Sommercamps.

Peter Groos kommentierte anschließend den Vortrag aus Berliner Perspektive. Dabei hob er die Notwendigkeit einer Begriffsklärung von „Beteiligung" hervor, die auch in Berlin immer wieder neu debattiert würde. In Berlin sei der Begriff „Beteiligung" eher negativ behaftet mit Assoziationen wie etwa Konflikt und Sparmaßnahme der Verwaltung. Anders in Ruanda, wo „Beteiligung" eher mit unserer Auffassung von „Engagement" zusammenfällt.

Anhand der aufgeführten Beispiele durch Elisabeth Kaneza und der Kommentare von Peter Groos wurden in der anschließenden Diskussionsrunde folgende Erfolgsfaktoren für eine aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern herausgearbeitet:

- **Sichtbare und aufnahmebereite Anlaufstelle für zivilgesellschaftliches Engagement:** Eine Schnittstelle zwischen Staat und Zivilgesellschaft, etwa in Form eines Beteiligungsmanagers auf kommunaler Ebene ist unerlässlich, um die Zugangsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zur kommunalen Verwaltung sicherzustellen.
- **Impuls aus Ruanda:** Es gilt eine positive Konnotation der Bürgerbeteiligung, im Sinne von Beteiligung für etwas – und nicht gegen etwas – zu schaffen.
- **Foren für Bürgerinitiativen:** Bürgerinnen und Bürger benötigen Plattformen, um Initiativen und Lösungsansätze für eigens wahrgenommene Problemlagen vor Ort zu entwickeln. Ein Beispiel sind die Ortsteilkonferenzen, wie sie in Treptow-Köpenick jedes Jahr an vier Orten stattfinden.
- **Stärkung des Mitverantwortungsgefühls:** Um die Motivation der Bürgerinnen und Bürger zu fördern, gilt es, sie frühzeitig in authentische und effektive Entscheidungsfindungsprozesse einzubinden. Die Informationsbereitstellung ist dabei das Initial und eine wichtige Grundlage.
- **Bürgerhaushalt in Treptow-Köpenick:** ein weiterer Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern

der peruanischen Partnerstadt Cajamarca und mit Berliner Studentinnen und Studenten wurde angeregt.

Forum 3:
Bildung für nachhaltige Entwicklung in kommunalen Strukturen

Moderation: Nicole Gifhorn, Fachpromotorin für Globales Lernen, Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.

Die Mobilisierung von Bildung und Lernen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung verlangt verstärktes Handeln auf lokaler Ebene. Die Verankerung einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung" ist daher eine der Schlüsselaufgaben verschiedener bezirklicher Institutionen. Zahlreiche bundesweite Bildungsförderprogramme für nachhaltige Entwicklung und zum Globalen Lernen unterstützen den Prozess. Die Aufteilung in unterschiedliche Ressorts (Umwelt, Bildung, Kultur, Soziales, etc.) schwächt jedoch die Effektivität. Man muss daher die verschiedenen Förderprogramme kennen, um die Möglichkeiten ressortübergreifender Bildungsarbeit für nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene überhaupt ausschöpfen zu können.

Im Workshop wurden anhand der Beispiele „Bildung durch Fairen Handel – die Fair Trade Town Kampagne" sowie „Globales Lernen in der Volkshochschule" zwei verschiedene Ansätze vorgestellt. Es wurde nach Möglichkeiten zur Verknüpfung mit weiteren Bildungsformaten und Förderprogrammen gesucht.

Die Social Designerin Katharina Wyss präsentierte ihre Erfahrungen mit der Kampagne Fair Trade Town in Berlin-Pankow, bei der sie Mitglied der Steuerungsgruppe war. Die Kampagne bietet großes Potential zur Vernetzung verschiedener Ebenen wie Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung sowie Sportvereinen, Handel, Schulen, Museen oder Kindertagesstätten. Sie gibt zudem wichtige Anstöße für die Bildungsarbeit sowie die Integration von Globalem Lernen und BNE in bezirkliche Strukturen. So können beispielsweise während der „Woche des Fairen Handels" im September und ansonsten ganzjährig Aktionen oder Workshops gemeinsam mit Schulen organisiert werden – etwa zu Themen wie „Fairer Kakao" und „Faire Baumwolle". Weitere Möglichkeiten: Einladung zum „Fairen Frühstück" im Stadtteil, Sensibilisierung von Gästen aller Altersgruppen für faire Produkte im Rahmen von „Fairen Stadtteilrundgängen" oder Verkauf von fair gehandelten Produkten auf Kiezfesten.

Auch Schulen bieten einen geeigneten Rahmen für die Auseinandersetzung mit „Fairem Handel". So existieren Schülerfirmen, die sich mit großem Interesse und viel Eigenverantwortung mit dem Thema Fair Trade befassen. Sie integrieren bereits Nachhaltigkeitskriterien in ihr Unternehmen. Andere Schulen organisieren „Faire Fußballturniere". Für engagierte Schulen besteht die Möglichkeit, sich als Fairtrade-School (www.fairtrade-schools.de) zertifizieren zu lassen und auf diese Weise ihr Engagement sichtbar zu machen. Die Kampagne Fairtrade-Schools wird von TransFair (www.fairtrade-deutschland.de) getragen. Mit einem weltweit verknüpften Lernangebot und einem Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung erwirkt die Kampagne langfristig positive Einflüsse für die gesamte Gesellschaft.

Auf diese Weise schaffen beide Kampagnen ein öffentliches Bewusstsein für den „Fairen Handel" und sensibilisieren große Teile der Bevölkerung für globale Gerechtigkeit. Darüber hinaus bringen sie

Foto: VHS Hannover

Weltläden ins bezirkliche und gesamtgesellschaftliche Gespräch.

Im zweiten Teil des Workshops berichtete die Referentin Arzu Altug von der VHS Hannover über ihre Erfahrungen mit dem Theaterprojekt „How I met my Neighbour – On Stage!“.

Das Theaterprojekt mit globalen Bezügen wurde als Bildungsprojekt im außerschulischen Bereich an der VHS Hannover durchgeführt. Im Rahmen des Projekts entwickelte das Ensemble, bestehend aus jungen Menschen aus 13 Nationen (Schülerinnen und Schüler, junge Geflüchtete) gemeinsam Szenencollagen zu brisanten gesellschaftspolitischen Themen. Sie vermittelten diese nonverbal durch theaterpädagogische Methoden und Peer Group Learning.

Die Gruppe machte sich Gedanken, warum Kriege entstehen und wie Menschen dadurch gezwungen werden können, ihre Heimat zu verlassen. Die Jugendlichen thematisierten den Neuanfang fernab der Heimat. Die szenischen Umsetzungen machten auch deutlich, vor welchen Hürden Einwanderinnen und Einwanderer stehen und wie Behördengänge zum Alptraum werden können. Ebenso kritisierten sie kreativ die Konsum- und Verschwendungskultur.

Durch das Projekt erfuhren junge Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlinge aus erster Hand mehr über ihre Peergroup mit deutsch-kulturellem Hintergrund. Gleichzeitig erhielten junge Bewohnerinnen und Bewohner aus Hannover Einblicke in die Lebenswelt von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen. Auf diese Weise erlebten die Teilnehmenden eine intensive Auseinandersetzung mit den Themen Flucht und Asyl sowie Rassismus. Es entwickelten sich langfristige Freundschaften innerhalb der Gruppe. Das Projekt bot außerdem den Rahmen, sich umfassend mit den Themen Globaler Handel und Fair Trade zu beschäftigen.

Die Finanzierung erfolgte teilweise durch ein Förderprogramm zum Globalen Lernen des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV). Die Förderung besteht aus Mitteln des BMZ und umfasst bis zu 5.000 Euro pro Projekt. In drei Förderlinien unterstützt der DVV International das Globale Lernen an Volkshochschulen: Entwicklungspolitische Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Entwicklungspolitische Bildungsangebote für Jugendliche sowie Entwicklungspolitische Bildungsangebote für Erwachsene. Antragsberechtigt sind Volkshochschulen. Externe Kooperationspartner – wie etwa Schulen, Initiativen, Vereine, Kiezklubs – sind willkommen. Alle Fachbereiche der

Volkshochschulen können Anträge auf Förderung stellen. Fächerübergreifende Anträge werden ausdrücklich begrüßt. Ansprechpartnerin für das Förderprogramm ist:

Julia Steffen
Tel.: +49228-97569-43
steffen@dvv-international.de
www.dvv-international.de/index.php?article_id=6&clang=0

Weitere Hinweise / Links / Fördermöglichkeiten:

Fair Trade Town Kampagne

dasselbe in grün (Verband der nachhaltigen Unternehmen, www.dasselbe-in-gruen.de)
Gemeinwohlökonomie (www.ecogood.org)
Heldenmarkt (Messe für nachhaltigen Konsum, www.heldenmarkt.de)
veggie world (Messe für Vegetarier, Veganer und Rohköstler, www.veggieworld.de)
forever now festival (www.forever-now-festival.com)
Fair-Handels-Beratung (www.fairhandelsberatung.net)
www.utopia.de
www.bazaar-berlin.de (mit Fair Trade Market)

Globales Lernen an der VHS

Bundesvereinigung Kulturelle Bildung und Jugendvereinigung (www.bkj.de/foerderung-und-service.html)
TalentCampus (www.talentcampus.de/startseite.html)
Movies in Motion - Bundesverband Jugend und Film (www.moviesinmotion.bjf.info)
Junge VHS (www.junge-vhs-berlin.de)
www.culture-codes.de/news.html

Forum 4:
Bezirkspartnerschaften – Agenten für den Wandel?

Moderation: Ingo Siebert, Geschäftsführer des August Bebel Instituts

Zu Beginn stellte Ingo Siebert die zentralen Themen und Fragestellungen des Forums dar: Was können Städtepartnerschaften hinsichtlich der Themen Nachhaltigkeit, Globalisierung und Zusammenarbeit mit dem globalen Süden bereits leisten? Welche Aspekte können weiter ausgebaut werden? Wie bestärkt man einen Austausch auf Augenhöhe? Ist mehr Vernetzung vonnöten?

Albert Statz verwies eingangs auf seine gemeinsam mit Charlotte Wohlfarth 2010 erstellte Studie „Kommunale Partnerschaften und Netzwerke“[5] für die Heinrich-Böll-Stiftung. Die Studie verweist auf den gemeinsamen Ursprung von kommunaler „Eine-Welt-Politik“ und der Lokalen-Agenda 21-Bewegung. Es gibt eine wachsende Tendenz, Nachhaltigkeitsthemen aufgrund ihres Querschnittscharakters – sei es explizit oder implizit, ohne dass sie ausdrücklich in den Rahmen des Nachhaltigkeitsansatzes gestellt werden - zum Gegenstand der Arbeit in Städtepartnerschaften und internationalen Städtenetzwerken zu machen. Ihr politischer Charakter wird mit dem Verständnis als „Kommunale Außenpolitik“ noch einmal unterstrichen.

Die Tatsache, dass Kommunen als „Ort der Politik“ immer sowohl Staat als auch Zivilgesellschaft sind, macht die Verbindung von gesellschaftlichem Engagement unterschiedlicher Akteure und der Rolle von Verwaltung und Kommunalpolitik zu einem entscheidenden Element der Städtepartnerschaften. Für die transnationale Kooperation ist entscheidend, dass sie „von unten“ getragen wird. Beispiele dafür sind Schulpartnerschaften und Jugendaustausche, internationales Engagement von Kirchengemeinden oder die Zusammenarbeit von Stadtverwaltungen. Eine Herausforderung für die Kommunen und Politik auf allen Ebenen besteht darin, die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu verbessern. Diese bilden die Voraussetzung für ein „nachhaltiges“ entwicklungspolitisches Engagement in den Kommunen. Nur so können Kommunen globale Probleme lösungsorientiert angehen. Städtepartnerschaften mit ihren multilateralen Kooperationen bieten hier eine große Chance. Bestehende entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen Kommunen kann sich festigen, wenn sie in eine organisierte und strukturierte Partnerschaft mündet.

Als erstes Beispiel für die Unterstützung von Städtepartnerschaften und transnationaler Kooperation stellte Cornelia Hufeisen das Pilotprojekt „ASA-Kommunal“ vor. Dies ist eine neue Kooperation zwischen dem ASA-Programm und der Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“. Teilnehmen können Partnerkommunen aus dem globalen Norden und Süden. Der Kern von „ASA-Kommunal“ besteht in Projektpraktika zu Themen kommunaler Entwicklungspolitik wie beispielsweise Abfallmanagement, kommunale Klimapolitik und Bürgerhaushalt.

In Variante 1, dem Basisprogramm, arbeiten zwei Teilnehmerinnen oder Teilnehmer aus Deutschland für drei Monate in der Partnerkommune im globalen Süden. Bei Variante 2, dem Süd-Nord-Programm, arbeiten je zwei Teilnehmerinnen oder Teilnehmer

5 Kostenfrei herunterzuladen unter http://www.kommunale.info/pics/Partnerschaften-Netzwerke.pdf

aus Deutschland und aus der Partnerkommune als Team zusammen: je drei Monate in Deutschland und in der Partnerkommune. Für die Teilnahme können sich junge Menschen im Studium oder mit abgeschlossener Berufsausbildung im Alter von 21 - 30 Jahren (bzw. bis zu 35 Jahre für Menschen aus dem globalen Süden) bewerben.[6]

Jessica Schwenteit von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) stellte das Angebot „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte - Nakopa" vor. Bei diesem Angebot werden deutsche Kommunen mit Städtepartnerschaften im globalen Süden finanziell unterstützt. Der Fokus liegt dabei auf dem Austausch kommunaler Expertise. Bei der Beantragung ist darauf zu achten, dass das Projekt noch im selben Jahr beginnen sollte.[7]

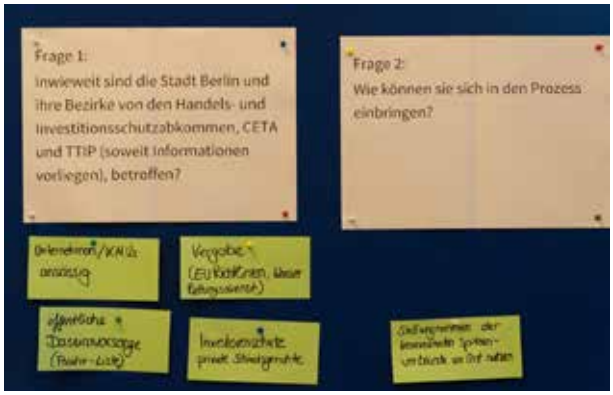
Als Ergebnis der abschließenden Diskussion lässt sich festhalten, dass Bezirks- und Städtepartnerschaften als Agenten für den Wandel gelten können. Klar ist, dass finanzielle Ausstattung und rechtliche Rahmenbedingungen für das Gelingen von Städtepartnerschaften von zentraler Bedeutung sind. In Berlin bestehen einige langjährige Städtepartnerschaften mit Kommunen des globalen Südens. Einige Berliner Bezirke nutzen bereits die vorgestellten Programme. Diese Partnerschaften sollten als Ausgangspunkt genutzt werden, um die Themen Nachhaltigkeit, Globalisierung und Zusammenarbeit mit dem globalen Süden breiter in den verschieden Bezirken zu implementieren und auch von den unterschiedlichen Erfahrungen zu lernen. Die Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Akteure darf besonders im Hinblick auf die Intensivierung der Partnerschaften mit dem globalen Süden nicht unterschätzt werden. Die Teilnehmer wünschen sich eine Intensivierung des Themas in weiteren Veranstaltungsformaten.

6 Weitere Informationen über das Programm unter http://www.asa-programm.de/ueber-asa/teilprogramme/asa-kommunal

7 Weitere Informationen über das Programm unter http://www.service-eine-welt.de/nakopa/nakopa-start.html

Forum 5:
TTIP vor Ort – Auswirkungen der transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen auf Bezirke

Gemeinsam mit Maritta Strasser, Kampagnen-Koordinatorin bei Campact e.V., und Dr. Kay Ruge als Vertreter des Deutschen Landkreistages diskutierte das Forum 5 im Kontext der Post-2015-Agenda. Das Thema war, inwieweit die geplanten Handelsabkommen TTIP und CETA die wirtschaftspolitischen Gestaltungsräume der Bezirke in Berlin beschränken. Besprochen wurden insbesondere die Auswirkungen der geplanten Abkommen auf die Handlungsspielräume in den Bereichen Vergabe, öffentliche Daseinsvorsorge und den Erhalt und Ausbau von Kultur- und Bildungseinrichtungen.



Drei Berliner Bezirke haben in ihren Bezirksverordnetenversammlungen Beschlüsse angenommen, die sich gegen TTIP positionieren: Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg. Auch auf Landesebene werden die Auswirkungen der geplanten Abkommen in mehreren Ausschüssen und im Plenum des Berliner Abgeordnetenhauses verhandelt. Bislang gibt es keinen Beschluss des Abgeordnetenhauses oder der Landesregierung dazu. Intensiv diskutiert wurde im Forum außerdem die Frage der Transparenz der Verhandlungen.

Forum 6:
Sozial nachhaltiges Zusammenleben – MigrantInnen und Flüchtlinge in Berliner Bezirken

Moderation: Marie-Claude Bianco taz, die tageszeitung

Deutschland ist eine Migrationsgesellschaft. Um welche Migrations- oder Fluchtgründe es sich auch immer handelt – die Menschen, die nach Deutschland kommen, leben in den Kommunen des Landes und gestalten das Zusammenleben mit. Im Workshop wurde diskutiert, welche Möglichkeiten Bezirke haben, um den Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen eine Mitgestaltung zu erleichtern und ein Engagement bei entwicklungspolitischen Themen zu unterstützen.

Der Einstieg ins Forum erfolgte durch die Vorstellung eines praktischen Beispiels der Stadt Köln. Hier wurde im Jahr 2011 das „Eine-Welt-Netzwerk Köln" gegründet, um beim Erreichen der Millenium-Entwicklungsziele zu unterstützen. Mitglieder sind Kölner Bürgerinnen und Bürger aus aller Welt, aber auch Prominente, Institutionen und Unternehmen. Bei der Gründung dieses Netzwerkes wurde das Thema Integration direkt mit einbezogen. So ist beispielsweise der Vorsitzende des Integrationsrates, Tayfun Keltek, auch Botschafter dieses Netzwerks. Die Koordination des Netzwerkes ist im Büro für Internationale Angelegenheiten im Amt des Oberbürgermeisters angesiedelt. Es stehen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in allen Ämtern zur Verfügung, etwa Sport, Gleichstellung oder Interkulturelles. Wichtigstes Standbein dieses Netzwerkes sind jedoch die Kölner Bürgerinnen und Bürger sowie die Menschen aus aller Welt und ihre Initiativen.

So besteht die Rolle der Stadtverwaltung in erster Linie aus Öffentlichkeitsarbeit, Anwerbung neuer Mitglieder, Vermittlung von Räumen und Projektpartnern sowie der Hilfestellung bei Fördermittelakquise. Die Projekte jedoch gehen von den Mitgliedern selbst aus. Menschen mit Migrationshintergrund leisten hier unverzichtbare Beiträge. Ein Beispiel ist die Podiumsdiskussion „Frauen am Zug – Frauen braucht die (Eine) Welt", bei der sich Fraueninitiativen aus Köln mit Rebecca Lolosoli, Frauenrechtlerin aus Kenia, und Harriet Bruce Annan, Gründerin African Angle e.V., austauschen konnten. Weitere Beispiele sind der Verein zur Städtepartnerschaft Köln-Corinto/El Realejo, dessen Vorsitzende aus Nicaragua kommt sowie der Afrika-Tag „Akwaaba – Willkommen in Köln", der von der afrikanischen Gemeinschaft organisiert wird.

Menschen mit Migrationshintergrund sind unabdingbar für eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit. Zum einen verfügen sie über unvergleichbares Expertenwissen über Lebensbedingungen in Herkunfts- und Migrationsländer sowie über Ursachen und Begleitumstände der Flucht und interkulturelles Know-How. Zum anderen wächst das kulturelle Verständnis auf beiden Seiten durch gemeinsame Ziele und Projekte.

Anschließend stellte Aziz Lamere von Narud e.V. die Zusammenarbeit des Vereins mit dem Büro der Integrationsbeauftragten in Pankow vor. Unter anderem werden für die Willkommensinitiativen im Bezirk interkulturelle Trainings angeboten, um sie für die Zusammenarbeit mit den Geflüchteten aus afrikanischen Ländern vorzubereiten.

Es wurde diskutiert, ob es sinnvoll sei, zwischen Flüchtlingen und Migrantenund Migrantinnen zu differenzieren, insbesondere wenn es um Entwicklungspolitik geht. Da die beiden Gruppen unter unterschiedlichen Bedingungen (Aufenthaltsstatus, Residenzpflicht, Kenntnis der Sprache und der Kommune, etc.) in Deutschland leben, unterscheiden sich auch ihre Möglichkeiten für gesellschaftliches Engagement erheblich. Auch wenn das Kölner Modell nicht 1:1 auf Berlin übertragen werden kann, können die Bezirke einiges von Köln lernen, um die Themen Flucht und Migration mit Entwicklungspolitik zu verknüpfen. Beispielsweise können Vorurteile vergegenwärtigt werden, indem Migrations- und Fluchtgeschichten hör- und sichtbar gemacht werden. Auch geleistete Aufklärungsarbeit über Fluchtgründe wirkt sich positiv aus. Zudem wird in Köln deutlich, dass auch kleine Dinge Großes bewegen: Engagement kann gefördert werden, indem man auf Menschen zugeht sowie Orientierung und Räume für Austausch und Partizipation schafft. Die Ansiedlung des Büros für Internationale Angelegenheiten im Amt des Oberbürgermeisters vereinfacht die Kontaktaufnahme zu politischen Entscheidern, steigert die öffentliche Wahrnehmung und kann kostenneutral betrieben werden.

Von den Teilnehmenden wurden folgende konkrete Handlungsideen formuliert:

- Erfassung von Fähigkeiten und Expertisen der Flüchtlinge bei ihrer Ankunft
- Aufbau von Experten-Pools
- Filmprojekte o.ä., um Flüchtlingen eine Stimme zu geben
- Verbesserung der Einbindung von jungen Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt (Positivbeispiel Lichtenberg: Kooperation mit Unternehmerverbänden)
- Etablierung von Flucht und Migration als Themen des Globalen Lernens
- Vermittlung, Vernetzung und Stärkung von Flüchtlingen, Migrantinnen, Migranten und Migrantenselbstorganisationen (MDO).

Impressum

Herausgeber:

Helena Jansen
Fachpromotoirn für Kommunale
Entwicklungspolitik Berlin
Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft
Kreuzberg-San Rafael del Sur e.V.
Adalbertstr. 23b
10997 Berlin

Tel.: +49-30-61 20 91 65
Fax: +49-30-61 20 91 67
www.staepa-berlin.de/s_verein/fachpromoto-
rin_kommunale_entwicklungspolitik

Redaktion:
Helena Jansen

Die Inhalte der vorliegenden Dokumentation wurden mit größtmöglicher Sorgfalt und nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für die Aktualität, Vollständigkeit und Richtigkeit der bereitgestellten Materialien und dankt den Impulsgeberinnen und Impulsgebern für das Überlassen ihrer Unterlagen. Der Herausgeber ist für den Inhalt des Fachtages und der Broschüre allein verantwortlich.

Titelbild: ZWEISAM / photocase.de
Fotos: Peter Groth, www.in-output.de
Layout: Fabian Ewert, www.fabian-ewert.de

Ideelle und finanzielle Förderung

Wir bedanken uns für die Unterstützung des Fachtages und der vorliegenden Broschüre mit Rat, Tat und Geld bei:

Bezirksamt Treptow-Köpenick

Berliner Eine-Welt PromotorInnenprogramm

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Engagement Global gGmbH

Bildungswerk für Alternative Kommunalpolitik - BiwAK e.V.

August Bebel Institut - ABI

Kommunalpolitisches Bildungswerk Berlin e.V.

Kommunalpolitisches Forum e.V. (Berlin)

Runder Tisch für Jugend, Soziales und Kultur in Treptow-Köpenick

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung